

Frankreich: Langsame Konjunkturerholung bei rasch steigendem Staatsdefizit

26

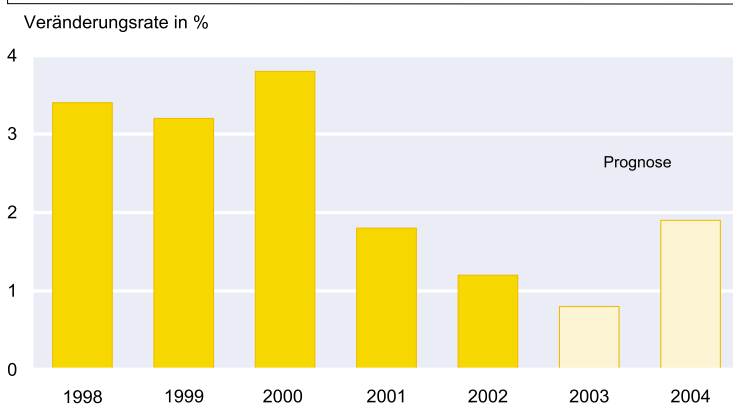
Oscar-Erich Kuntze

Wachstumsabschwächung 2002. Langsame Konjunkturerholung 2003. Beschleunigte Zunahme von Nachfrage und Produktion 2004. Expansive Geldpolitik. Finanzpolitik bei weiter erhöhtem Haushaltsdefizit leicht anregend; 2004 stimuliert eine Senkung der Einkommensteuer. Lohnpolitik stützt leicht. Arbeitslosigkeit nimmt zu. Moderater Preisanstieg. Leistungsbilanz mit stabilen Überschüssen.

Das soziale und politische Umfeld wurde in jüngster Zeit dominiert von den Bemühungen der Regierung, große und überfällige Reformen gegen den Widerstand der streikfreudigen Gewerkschaften, teilweise auch der Wirtschaft, durchzubringen. Weitere Schritte werden bereits von Rücksichten auf die Regional- und Kantonalwahlen 2004 überschattet. Unter diesem Aspekt ist auch ein konjunktureller Durchhänger durchaus unwillkommen, so dass die Regierung mit ihrer Politik steigender Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hand ebenso auf breite Zustimmung stößt, wie mit ihren Vorschlägen zur Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Wie in anderen westeuropäischen Ländern auch sind die Gewerkschaftsverbände vielfach untereinander und oft auch intern zerstritten. Gleichwohl vermögen sie erhebliche Kräfte zu mobilisieren, wenn die Regierung Anläufe zur Neuordnung der kollektiven Sicherungssysteme sowie zur Privatisierung staatlicher Unternehmen nimmt. Mit der Ablehnung des Korsika-Referendums hat die Administration nicht nur eine politische Schlappe, sondern auch einen Rückschlag für die weitergehenden Dezentralisierungspläne erlitten.

Nach wie vor sitzt die Regierung fest im Sattel. Das gilt in erster Linie für Staatspräsident Chirac. Seine Weigerung, dem Kurs der US-Regierung beim Irak-Konflikt zu folgen, brachte ihm hohe Sympathiewerte, zumal auch hier etwa 85% der Bevölkerung das amerikanische Vorgehen ablehnen. Ferner gewann Premierminister Raffarin, vor seinem Amtsantritt vor reichlich einem Jahr als Regionalpolitiker weitgehend unbekannt, an Statur. Er hielt bei seinen Vorhaben ziemlich stetig Kurs, wenig beeindruckt vom Gegenwind gewerkschaftlicher Aktionen. Mit dem Näherrücken der Regional- und Kantonswahlen im Frühjahr 2004 ist jedoch eine weichere Linie absehbar; die Reform der Krankenversicherung wurde bereits auf Anfang 2004 verschoben. Hinter ihm steht geschlossen die Regierungspartei mit ihrer großen absoluten Mehrheit der Mandate in der Nationalversammlung. Die parlamentarische Opposition macht es ihr allerdings ziemlich leicht. Ihre wichtigste Kraft, der *Partie Socialiste*, ist noch mit der Bewältigung seines im Mai/Juni 2002 erlittenen Wahldebakels und seines Profilverlusts gegenüber Chirac in der Irak-Frage beschäftigt. Er bleibt indes bemüht, sich als Reformkraft zu profilieren. Da sich die Parteigrößen – u.a. Aubry, Fabius, Strauss-Kahn – im Hintergrund hielten, wurde Parteivorsitzender Hollande auf dem Parteitag im Mai 2003 von einer deutlichen Mehrheit der Delegierten bestätigt, die seine Idee von einer »Großen sozialistischen Partei« über den SP hinaus goutierten, mit der er die gesamte Linke inhaltlich einen will bei klarer Absage an die »gauche plurielle« während der sozialistisch geführten Koalitionsregierung 1997/2002. Die von zunehmendem Bedeutungsverlust gekennzeichnete Kommunistische Partei ist tief gespalten in einen reformerischen und einen orthodoxen Flügel. Die neue Parteichefin Buffets will indes den vom abge-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

tretenen Vorsitzenden Hue verfolgten Kurs der »Mutation« fortsetzen.

Die **Gewerkschaften**, in denen nur noch 9% der Beschäftigten – meist im öffentlichen Dienst und in staatlich dominierten Unternehmen – organisiert sind, haben seit Ende vorigen Jahres vermehrt Härte demonstriert, teils gegeneinander, vor allem aber gegenüber den Reformprojekten der Regierung. Dies vor dem Hintergrund eines während der letzten Jahrzehnte erheblich verschobenen Spektrums. Die einst gemäßigte, Kompromissen mit der Regierung geneigte, im öffentlichen Dienst, in Finanzinstitutionen und im Handel verankerte Force Ouvrière agiert heute mit ihrem starken trotzkistischen Flügel oft genug als treibende Kraft im Kampf gegen die Regierung. Andererseits gibt sich die früher kommunistisch beherrschte und einst wegen ihrer Angriffslust und straffer Organisation gefürchtete CGT (gut positioniert in der Metall- und Rüstungsindustrie, in der Energieversorgung, bei Bahn und Post) heute eher moderat. Gleiches gilt für den größten, den Sozialisten nahestehenden Verband CFDT, dessen Mitglieder sich vor allem aus dem Gesundheits- und Bildungswesen, der Verwaltung und dem Handel rekrutieren. In ihrem von Großdemonstrationen und umfänglichen Arbeitsniederlegungen begleiteten Kampf gegen die überfällige Reform der Sozialversicherung waren zwar alle, auch die kleinen CGC und CFTEC vereint, wiewohl mit unterschiedlichen Stoßrichtungen. So gelang es denn auch der Regierung, ihre Front durch kleine Zugeständnisse aufzubrechen und die Unterstützung der CFDT sowie der Kader-Gewerkschaft CGC zu gewinnen, so dass die Rentenreform im Juli parlamentarisch beschlossen werden konnte – auf diese Weise brachte man unlängst auch in Italien und in Portugal Reformprojekte auf den Weg. Ob diese Strategie auf Dauer hält, muss sich noch weisen. Die Gewerkschaften haben auch für dieses Jahr einen »heißen Herbst« angekündigt. Dem hat der nationale **Unternehmerverband Medef** momentan nicht viel entgegenzusetzen. Er beteiligt sich unter einer starker Kritik ausgesetzten Präsidenten nicht adäquat am sozialen Dialog, vertritt keine klare Linie und ermangelt des taktischen und strategischen Profils.

Die so heftig bekämpfte Neuordnung der hochdefizitären Rentenversicherung per 1. Januar 2004 ist jedoch erst der Auftakt zu weiteren großen und drängenden **Reformvorhaben im sozialen Bereich**. Mit Blick auf die Regionalwahlen 2004 scheint die Regierung jedoch auf Zeit zu spielen. Die Umgestaltung der ebenfalls defizitären Krankenversicherung wurde bereits auf Anfang 2004 verschoben. Auch die heftig umstrittene Dezentralisierung des Schulwesens ist vertagt worden, und die Gesetzesänderungen zur Modernisierung der Universitäten soll erst im Herbst beraten werden. An eine Neufassung der Arbeitsgesetze wagt man sich zunächst gar nicht erst heran.

Mit ihren Dezentralisierungsbemühungen tut sich die Regierung in diesem traditionell stark zentralisierten Lande auch

auf regionaler Ebene hart. So wurde ihr Plan eines neuen **Statuts für Korsika** im Juli 2003 in einem Referendum aus den unterschiedlichsten Gründen abgelehnt. Vorgesehen war die Zusammenlegung der beiden korsischen Departements zu einer einzigen Gebietskörperschaft unter Gewährung vermehrter Autonomie. Für die geplanten regionalen Konsultativabstimmungen in anderen Teilen Frankreichs, bei denen ebenfalls über Dezentralisierungsvorhaben befunden werden soll, könnte dies negative Auswirkungen haben. Fortschritte in Richtung Dezentralisierung werden indes nicht ausbleiben. Denn im März 2003 wurde Artikel 1 der Verfassung durch den geradezu revolutionären Zusatz ergänzt »Die Organisation der Republik ist dezentral«. Die Initiativen hierzu will die Regierung den Regionen, Departements und Kommunen überlassen.

Ungemach droht der Regierung auch, falls sie einem unlängst erfolgten Verdikt einer Kommission der Nationalversammlung folgt und die verbliebenen staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen energisch reorganisiert und an die Börse bringt. Gegen **Privatisierungen** hatten bereits im vergangenen Herbst Zehntausende um ihre Privilegien bangende Beschäftigte dieser Firmen demonstriert. Der Protest reicht indes weit über den Kreis der unmittelbar Begünstigten hinaus, da es jetzt vor allem um den harten Kern jener, dem fast tabuisierten Service public zuzurechnenden Großkonzerne geht, wie die Electricité de France, La Poste, die Staatsbahn SNCF, die Gaz de France.

Die **Wirtschaftspolitik** wird mittelfristig von dem Bemühen zur Neuordnung reformbedürftiger Bereiche ebenso gekennzeichnet sein wie von dem Willen, die Wirtschaft auch unter vorsätzlicher Verletzung der finanzpolitischen Maßgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts aus der Flaute herauszubringen und vor allem die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das wird von weiteren heftigen Sozialkonflikten begleitet, letztlich aber erfolgreich sein. Die Finanzpolitik bleibt leicht expansiv, zumal die Regierung trotz steigenden Finanzierungsdefizits der öffentlichen Hand an den geplanten Steuersenkungen festhält. Ordnungspolitisch – das gilt auch für weitere Privatisierungen und die Flexibilisierung der 35-Stunden-Woche – wird man bedachtsam vorgehen. Denn die erst 2002 neu formulierte Wirtschaftspolitik setzt u.a. prioritär auf den Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmerverband. Die gesetzten Ziele sollen in kleinen Schritten, nacheinander und möglichst im Konsens erreicht, schmerzhaft Veränderungen in die Länge gezogen und sozial möglichst weitgehend abgefedert werden. Hierunter fällt auch die Realisierung einer »République de partage«, unter der größere Bürgernähe, umfassende Dezentralisierung sowie verstärkter sozialer Dialog zu verstehen sind.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Brut-

toinlandsprodukt um 2,4%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 0,2%. In **Mittel-europa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich 2 1/2%. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 0,8% und in Deutschland um 0,2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2001 um etwa 3% expandiert.

In **Frankreich** hat der konjunkturelle Schwung im Laufe des Jahres ständig abgenommen, bis hin zur Stagnation im letzten Quartal. Dabei hatten Geld- und Finanzpolitik kräftig stimuliert, und die Lohnpolitik wirkte leicht stützend. Doch die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen setzte sich fort, wobei sowohl Ausrüstungs- als auch Bauinvestitionen betroffen waren. Die Ausfuhr verlor nach kräftigem Auftakt im ersten Halbjahr infolge der weltwirtschaftlichen Flaute zunächst stark an Dynamik und ging zuletzt sogar zurück. Der Staatsverbrauch nahm anfangs deutlich, danach jedoch verlangsamt zu. Lediglich der private Konsum hat die Nachfrage stetig gestützt, wenn auch erheblich schwächer als im Jahre 2001. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte um 1,2%. Das war zu wenig, um eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern; die Arbeitslosenquote erhöhte sich bei langsamer steigender Beschäftigung auf 8,7% im Jahresdurchschnitt. Die Konsumentenpreise (HVPI) waren zunächst (mitbedingt durch die Bargeldeinführung des Euro) merklich und dann moderat gestiegen. Sie lagen um 1,9% über den Niveau von 2001. Die Leistungsbilanz wies – wie bereits in den beiden Vorjahren – einen Überschuss von 1,2% des BIP aus.

Der **private Konsum** hat um 1,4% und damit nur noch reichlich halb so stark zugenommen. Gleichwohl war er eine wesentliche Stütze der Nachfrage. Dies umso mehr, als er mit Ausnahme des ersten Quartals sehr stetig zunahm. Zwar expandierte die Beschäftigung deutlich langsamer als zuvor, und die Sparquote ist auf den Rekordwert von 17,1% gestiegen. Aber die Reallöhne erhöhten sich etwas rascher, und das Konsumklima ist im Gegensatz zum EU-Durchschnitt im Verlauf unter Schwankungen einigermaßen stabil geblieben. Die Senkung der Einkommensteuer um 5% (Entlastungseffekt 2,6 Mrd. € p.a., der allerdings vorwiegend Besserverdienenden mit durchschnittlicher bis unterdurchschnittlicher marginaler Konsumquote zugute kommt) wirkte indes nicht nennenswert anregend. Als günstig erwies sich auch hier, dass nur relativ wenige Haushalte Aktien besitzen, so dass deren Baisse das Konsumverhalten kaum tangierte. Der Absatz langlebiger Güter nahm etwa durchschnittlich zu, wobei

der erhöhte Wohnungsneubau die Verkäufe von Möbeln anregte, während die Zulassungen neuer Personenwagen etwas zurückgingen. Der **öffentliche Verbrauch** ist mit 4,1% am stärksten von allen großen Nachfrageaggregaten gestiegen. Er trug zu mehr als der Hälfte zum Wirtschaftswachstum bei, obwohl auf ihn nur ein Fünftel des BIP entfällt.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind um 1,4% gesunken. Nach der Stagnation während des Winterhalbjahrs 2001/2002 kam es zu einer bis zum Jahresende währenden Rezession. Hier von wurden sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen erfasst. Letztere gingen nur um 0,6% zurück. Dabei hatte das Geschäftsklima in der verarbeitenden Industrie im Verlauf zwar spürbar geschwankt, sich aber nicht verschlechtert. Auch waren die Finanzierungskosten günstiger geworden, und die Auslastung der Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe lag fast konstant leicht über dem langjährigen Durchschnitt. Retardierend hatte allerdings das rasche Erlahmen der im ersten Halbjahr registrierten konjunkturellen Erholung im In- und Ausland gewirkt. Die Krise im IC-Sektor hielt an. Unsicherheit ging von der schleppenden konjunkturellen Erholung in den USA ebenso aus wie von den wieder steigenden Ölpreisen und der zunehmenden Konfliktgefahr im Irak. Besonders im Zuge der nachlassenden Exportdynamik sowie des rasch gegenüber dem US-Dollar aufwertenden Euro hatten sich die Absatz- und Ertragserwartungen verschlechtert. Dies umso mehr, als bereits vorher verschiedentlich Ertrags- und Finanzierungsprobleme aufgetreten waren, auch als Folge der mit dem Platzen der »New Economy«-Blase seitens der Finanzinstitute verschärften Anforderungen an die Kreditnehmer. Hinzu kam die schwache Konjunktur bei so wichtigen Abnehmern wie Belgien, Deutschland und den Niederlanden. Die Bauinvestitionen nahmen deutlich ab. Der Wohnungsneubau holte allerdings den vorjährigen leichten Rückgang annähernd auf, obwohl der soziale Wohnungsbau weiter eingeschränkt wurde. Im vierten Quartal stiegen sowohl die Verkäufe neuer Häuser als auch die Preise (im Schnitt um rund 7%) deutlich. Vor allem junge Paare sahen sich durch gesunkene Zinsen, die neuerdings verfügbaren längerlaufenden Hypotheken und die Knappheit an Mietwohnungen in den Ballungsgebieten zum Haus- oder Wohnungskauf bewegt. Zudem haben Investoren nach dem Börsencrash vermehrt in Immobilien investiert. Doch wurde erstmals seit sechs Jahren der Aufwand für Renovierungen verringert. Der Nicht-Wohnungsbau nahm um 1,8% ab. Besonders der Industriebau brach kräftig ein, zumal die Industrieproduktion sank und die Ausrüstungsinvestitionen verringert wurden. Auch der Bürobau flachte sich ab, bedingt durch steigende Leerstände und beschleunigt sinkende Mieten. Der öffentliche Bau wurde ebenfalls eingeschränkt; die Kommunen nahmen das Volumen um 2,5% zurück.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen stieg um 1,2%. Nach einer deutlichen Abnahme im Verlauf des Jahres 2001 kam es während des ersten Semesters 2002 im Zuge der welt-

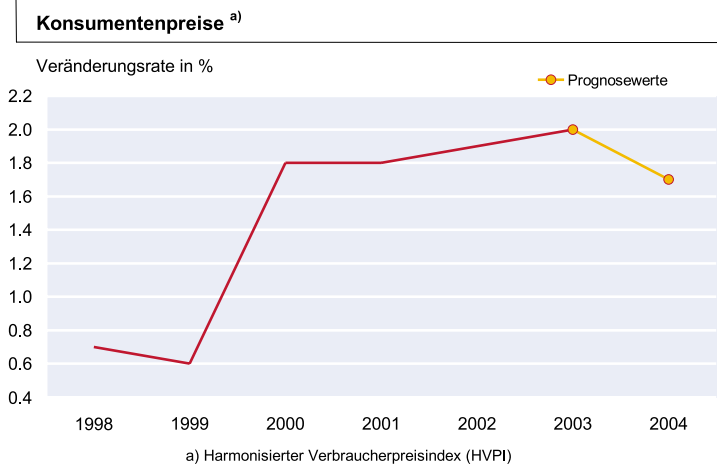
wirtschaftlichen Erholung zu einer kräftigen Belegung. Das anschließende Abflauen der internationalen Nachfrage – vor allem aus Westeuropa – sowie die kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ließen die Ausfuhr im dritten Quartal nur noch schwach steigen und danach fallen. Auch sind die Lohnstückkosten zwar im EU-Durchschnitt gestiegen, doch gingen sie in den USA leicht und in Japan kräftig zurück. Die **Einfuhr** stieg nur um 0,7% bei fast gleichem Verlaufsbild wie beim Export: Rezession 2001, Belegung im ersten Quartal, langsamere Zunahme während des Sommerhalbjahrs, Rückgang im Herbst. Die **Leistungsbilanz** schloss bei verbesserten Terms of Trade wie in den beiden Vorjahren mit einem Überschuss von 1,2% des BIP.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechterte sich die Lage etwas. Die Beschäftigung nahm nur noch wenig zu. Stützend wirkten arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie die weitere Umsetzung der 35-Stunden-Woche (Verkürzung von vorher 39 Stunden); ab Anfang 2002 galt das unter Anwendung von Übergangsregelungen auch für Unternehmen mit weniger als 20 Arbeitnehmern. Die Arbeitslosigkeit nahm gleichwohl zu, so dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 8,7% stieg. Insgesamt variieren die Schätzungen der durch die Arbeitszeitverkürzung von 1999 bis 2002 neu geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätze zwischen 250 000 und 400 000. Der tatsächliche, nicht zu ermittelnde Wert dürfte etwa in der Mitte liegen.

Der Preisauftrieb war zu Jahresbeginn rasch, verlangsamte sich aber bald erheblich. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) lagen um 1,9% über dem Niveau von 2001. Hiervon sind 0,14%-Punkte der Einführung des Euro-Bargelds zuzurechnen, nachdem bereits 2001 die Inflation hierdurch um 0,11%-Punkte stimuliert worden war. Wie überall im Euroraum hat auch hier besonders das Hotel- und Gaststättengewerbe diese Gelegenheit zur Aufbesserung ihrer Ertragslage umfassend genutzt. Demgegenüber bewährte sich das von der Regierung mit den Handelsketten bis zum 31. März vereinbarte Stillhalteabkommen, zumal der anschließend befürchtete Nachholeffekt ausblieb. Dienstleistungen (ohne Wohnkosten) verteuerten sich um 3% und Nahrungsmittel um 2,6%. Energie wurde hingegen um 1,6% billiger, weil vor allem der Ölpreis auf Euro-Basis sank, wie überhaupt spürbare Preisrückgänge bei den Importen stabilisierend wirkten.

Wirtschaftspolitik

Die Konjunktur erhält auch im laufenden Jahr von der Wirtschaftspolitik Impulse, vor allem von der weiterhin expansiven Geldpolitik. Die Lohnpolitik wirkt leicht anregend. Gleiches gilt für die Finanzpolitik im Zuge der regierungsseitigen



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gen Bemühungen, die Konjunktur zu stützen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dabei verstößt sie bewusst gegen die Maßgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der für das öffentliche Finanzierungsdefizit 3% des BIP als Obergrenze setzt. Die Reformen des Sozialsystems und des Arbeitsmarktes sollen fortgesetzt bzw. in Angriff genommen werden, wobei der Elan indes bis zum Frühjahr 2004 aus politischen Erwägungen gebremst wird. Die Privatisierung der noch ganz oder teilweise in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen läuft weiter. Vorher ist allerdings in vielen Fällen deren Restrukturierung auch mit Blick auf die verschiedentlich sehr hohe Verschuldung nötig. Es handelt sich also um ein mittel- bis langfristiges und überdies politisch sehr heikles Vorhaben.

Von der **Geldpolitik** bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mai 2003 nicht mehr an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest (nunmehr soll die Inflationsrate mittelfristig »nahe zwei Prozent« liegen). Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölvertéuerung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,2% (im Juni 2003 um 8,3% über dem Niveau vom Juni 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung ei-

nes Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um $\frac{1}{4}$ % Prozentpunkt auf 4,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75%, im März 2003 auf 2,5% und im Juni auf 2% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Und selbst wenn es zu keiner weiteren monetären Lockerung kommt, wird der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reichen. Für Frankreich sind die Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum etwas zu hoch; die Regierung ist an weiteren Zinssenkungen der EZB sehr interessiert, da etwa 30 bis 50% der mittel- und langfristigen Kredite mit den kurzfristigen Zinsen indexiert sind. Aber der Preisauftrieb beruhigt sich nur allmählich. Dies, obwohl der Euro 2002 in Relation zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen hat. Im Juli 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich nur noch 14,5%, wobei der Euro-Kurs das Niveau der Jahre 1997 und 1998 erreichte, dieses zuletzt jedoch wieder deutlich unterschritt. Zur Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA und deren hohen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die **Finanzpolitik** war 2001 von einer verhalten konsolidierungsorientierten auf eine leicht expansive Linie eingeschwenkt. Diese wird auch 2004 beibehalten, obwohl damit die Überschreitung der im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gezogene 3%-Grenze für das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand perpetuiert und entsprechend eskalierende Differenzen mit der EU-Kommission provoziert werden. Frankreich tritt denn auch seit einiger Zeit für eine untunliche Aufweichung dieses Paktes ein, wogegen vor allem die kleineren und mittleren Länder des Euroraums protestieren. Der Fehlbetrag hatte sich 2002 auf 3,1% des BIP erhöht (nach 1,5% im Jahre 2001) und dürfte heuer auf ungefähr 4% steigen, obwohl bereits Anfang des Jahres 4 Mrd. € sowie im Mai weitere 3 Mrd. € an Ausgaben (vermutlich nur vorläufig) eingefroren worden sind und frei werdende Staatsstellen nur teilweise wieder besetzt werden sollen; im westeuropäischen Vergleich ist die öffentliche Verwaltung erheblich überbesetzt. Damit wird die Staatsverschuldung heuer weiter auf über 62% des BIP zunehmen. Denn die im laufenden Staatshaushalt unterstellte Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5% wird ebenso wenig erreicht, wie das ursprünglich mit 19 Mrd. € budgetierte Defizit eingehalten werden kann. Das geringe Wirtschaftswachstum impliziert ungeplante konjunkturbedingt Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Gleich-

wohl soll die staatliche Neuverschuldung keineswegs rasch zurückgefahren werden, und an den versprochenen Steuer- und Abgabensenkungen will man festhalten. Eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast ist ein zentrales Ziel der Regierung; u.a. sollen die Einkommensteuersätze im Laufe dieser Legislaturperiode – also bis 2007 – um 30% sinken. Allerdings ist deren stimulierende Wirkung bei Fokussierung auf Einkommensteuersenkungen im derzeitigen Stadium der Konjunktur keineswegs sicher – wie Beispiele nicht nur aus anderen Ländern, sondern auch die vorjährige 5%ige Senkung der Einkommensteuer zeigt. Meist geht das hierdurch erhöhte Netto-Mehreinkommen in die Sparquote. So werden von den 2004 geplanten Steuersenkungen in erster Linie die Unternehmen profitieren, auch um deren zunehmende Abwanderung ins Ausland zu bremsen. Aber auch die Einkommensteuersätze werden erneut um rund 5% herabgesetzt. Die Staatsausgaben will man im kommenden Jahr real auf dem Niveau von 2003 halten. Wie bei der zu erwartenden keineswegs rasanten Konjunkturerholung das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand verringert werden kann, bleibt ein Rätsel. 2003 sinkt u.a. der Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe (Einnahmeausfall ca. 4,5 Mrd. €), dessen Umsatzschwäche auch auf die in diesem Sektor bei der Einführung des Euro-Bargelds vorgenommenen kräftigen Preiserhöhungen zurückzuführen ist. Aus Privatisierungen will man heuer etwa 8 Mrd. € Erlösen, auch um mit den Einnahmen defizitäre Staatsunternehmen zu sanieren. Verkäufe von Beteiligungen am Crédit Lyonnais und jüngst von Renault erbrachten bisher rund 3 Mrd. €. Bei weiter steigenden Aktienkursen könnten noch Anteile an der Air France, der ASF, Thompson oder Dassault Systems abgestoßen werden. Ob das Ziel erreicht wird, ist indes fraglich. Sicher ist jedoch, dass Privatisierungserlöse so lange eher spärlich fließen werden, bis weitere große Brocken, wie die France Télécom, privatisierungsreif sind. Und das kann dauern.

Lohnpolitisch relevant sind die mittelfristigen Auswirkungen der Flexibilisierung der 35-Stunden-Woche insofern, als die sechs verschiedenen Niveaus der Mindestlöhne (SMIC), welche sich beim gestaffelten Übergang zur 35-Woche herausgebildet hatten, bis 2005 schrittweise auf dem obersten Niveau vereinheitlicht werden. Für die Mehrheit der Mindestlohnempfänger bedeutet das erhebliche Lohnsteigerungen über die jährlichen Anpassungen hinaus. Im Schnitt beträgt die Erhöhung real 6,5% über die drei Jahre hinweg; im Extremfall sind es sogar 11,4%. Erfahrungsgemäß bewirken Anhebungen von Mindestlöhnen auf die darüber liegenden Lohnkategorien einen Druck nach oben. Das bedeutet in diesem Segment rasch steigende Löhne (und Lohnkosten), selbst wenn die Branchentarifverträge konjunkturbedingt heuer und 2004 etwas geringere Anhebungen vorsehen als im vergangene Jahr.

Wirtschaftsreformen sind auf dem Weg. Es begann im September 2002 mit Lockerungen der von der vorigen Regie-

zung durchgedrückten **Arbeitszeitverkürzung** auf 35 Wochenstunden. Die gesetzlich erlaubten Überstunden wurden von 130 auf 180 pro Jahr erhöht, und die Mehrarbeit muss nicht mehr mit Freizeit abgegolten werden. Die Ausgestaltung im Detail erfolgt derzeit mittels Branchenvereinbarungen. Wird der Spielraum voll ausgeschöpft, entspräche das insgesamt einer Wochenarbeitszeit von 39 Stunden. Zwar wird für die über 35 Wochenstunden hinausgehende Arbeitszeit ein Lohnzuschlag von 10% fällig. Doch diese zusätzliche Belastung der Unternehmen wird teilweise durch die Senkung der von ihnen zu leistenden Sozialbeiträge für Niedriglöhne kompensiert.

Im Juli 2003 wurde eine **Reform der Sozialversicherung** beschlossen. Die zum Bezug der Vollrente nötigen unterschiedlichen Beitragsjahre werden angeglichen und verlängert; bis 2008 steigt die Beitragsdauer auch für öffentlich Bedienstete auf 40 Jahre und anschließend für alle bis 2012 auf 41 Jahre und 2020 auf 42 Jahre. Bis dahin sinkt die Sozialrente von derzeit 78% auf ca. zwei Drittel des Nettoehalts mit Ausnahme der Minirenten, die nicht unter 85% des Mindestlohns (SMIC) fallen dürfen. Die Differenz soll zusätzlich zu der heute schon verbreiteten Lebensversicherung über steuerlich begünstigtes individuelles Rentensparen (Plan d'épargne individuel pour la retraite und dem ein bestehendes freiwilliges Sparprogramm fortführende Parténariat d'épargne salaire volontaire pour la retraite) gedeckt werden. Die im internationalen Vergleich mit derzeit 17% ohnehin sehr hohe Sparquote dürfte infolgedessen weiter steigen. Auf diese Weise wird verhindert, dass die staatliche Rentenversicherung 2020 nicht den ansonsten zu erwartenden Fehlbetrag in einer Größenordnung von 43 Mrd. € ausweist.

Es ist zu hoffen, dass die Regierung bei der nun folgenden **Reform der Krankenversicherung**, deren Defizit von 1,3 Mrd. € 1998 vermutlich auf etwa 10 Milliarden im laufenden Jahr steigt, ähnliches Stehvermögen zeigt. Die Gewerkschaften haben bereits Proteste angekündigt, obwohl erst wenige Details bekannt sind und kein völliger Umbau, sondern eine Modernisierung vorgesehen ist. Zentraler Punkt ist u.a. neben der Förderung von Generika die bessere Kontrolle der Ausgaben, besonders um die Spitäler finanziell sanieren zu können.

Unlängst wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die **Aufsicht über die Finanzmärkte** verbessern soll. Es ist eine Reaktion auf diverse Finanzaffären der letzten Zeit, wie Enron, Worldcom, Andersen Consulting und Vivendi. Der Schutz von Investoren soll dadurch verbessert und das Vertrauen in Märkte und Unternehmen gestärkt werden.

Ab August 2004 ist der **Sparzins dereguliert**, soweit er gesetzlich reglementierte Sparformen betrifft (die übrigen Sparzinsen sind längst frei), wie etwa das sehr beliebte Livret A,

das Livret bleu, das Livret jeune sowie das Livret d'épargne populaire. Er wird dann nicht mehr von der Regierung festgesetzt und periodisch verändert, sondern unterliegt den Marktkräften. Letzteres allerdings nur insoweit, als ein Aufschlag auf die Inflationsrate garantiert bleibt. Das auf diesen Sparkonten angesammelte Kapital belief sich Ende Mai 2003 auf 263 Mrd. €, die vorwiegend im sozialen Wohnungsbau sowie zur Förderung von Kleinunternehmen eingesetzt werden.

Im Budget 2003 sind rund 8 Mrd. € aus Privatisierungserlösen eingestellt, von denen bisher ca. 3 Mrd. € realisiert werden konnten. Allerdings musste der Staat im April bereits 9 Mrd. € der in eine Krise geratenen France Télécom im Rahmen einer Kapitalerhöhung zuschießen. Derzeit rettet der Staat den großen, in einer schweren Liquiditätskrise steckenden Verkehrsmittel- und Anlagenbauer Alstom mit Hilfe eines Finanzpakets von 3,4 Mrd. € (teils durch Übernahme von Aktien, die in einigen Jahren wieder veräußert werden sollen) vor der Zerschlagung. Folgt man dem unlängst publizierten Votum einer Kommission der Nationalversammlung, dann weisen die verbliebenen ganz oder überwiegend vom Staat kontrollierten Großunternehmen erhebliche Schwachpunkte auf und bedürfen der Sanierung. Außerdem entspräche das aus der Nachkriegszeit stammende Modell der weitgehend nationalisierten Wirtschaft nicht mehr den heutigen Gegebenheiten; in Österreich, das über Jahrzehnte einen ähnlichen Weg gegangen war, hatte man das schon zu Beginn der neunziger Jahre erkannt, diesen einst übermächtigen Sektor wesentlich verringert und arbeitet an weiteren Privatisierungen. Es sieht so aus, als sei der Regierung an einer Forcierung der **Privatisierungen** gelegen, auch weil sie erhebliche Summen in die Sanierung defizitärer Staatsunternehmen stecken muss. Dabei reagiert die Regierung sehr flexibel auf die Kursentwicklung an den Börsen. So hat sie unlängst ihren Anteil an Renault von 23,5 auf rund 15% verringert. Bei der ihr zu 54% gehörenden Air France sowie bei den Autoroutes du Sud und beim Flugmotorenhersteller Snecma ist ähnliches leicht zu bewerkstelligen, sobald an der Börse ein akzeptabler Preis erlöst werden kann. Bei der France Télécom, wo der 54%ige Staatsanteil auf unter die Hälfte verringert werden soll, dürfte das wegen der bei 64 Mrd. € liegenden Verschuldung schwierig sein. Der seit langem in Schwierigkeiten steckende Kampfwagenbauer Giant soll in eine europäische Allianz eingebracht werden. Gegen die Privatisierung der Electricité de France, der Gaz de France, der Post, der Staatsbahn, der Areva (Atomenergie) und des Pariser Nahverkehrsunternehmens RATP, die alle zu 100% in öffentlichem Besitz sind, dürfte sich schwer zu überwindender Widerstand formieren. Nicht nur, weil hier der gewerkschaftliche Organisationsgrad besonders hoch und die Kampfbereitschaft ausgeprägt ist, sondern weil weite Teile der Bevölkerung hierin einen unabdingbaren Teil des tradierten Service public sehen, den sie erhalten wissen wollen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **USA** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₄%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um ca. 2%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um fast 2³/₄% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um ³/₄% ausgeweitet; für die EU und für den Euroraum ist eine etwa gleich hohe Rate zu erwarten, während es in Deutschland gegenüber 2002 unverändert bleibt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 28,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 6%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 3³/₄%.

Frankreich hat seit dem Zweiten Weltkrieg eine staunenswerte Entwicklung durchlaufen – allein der während der letzten zweieinhalb Jahrzehnte erfolgte Wandel wiegt stärker als alles, was die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung an Neuerungen erlebt hat. Auf der Basis eines großen, wohlarrondierten und mit reichlichen Kraftquellen (die annähernde Autarkie ermöglichten) versehenen Nationalstaats entwickelte sich vor allem seit Colberts Zeiten Hand in Hand mit einem weiter zunehmenden administrativen Zentralismus auch ein ausgeprägter Wirtschaftsnationalismus. Das Denken nicht nur der breiten Masse, sondern auch der Wirtschaftskreise bewegte sich noch bis zum Beginn der sechziger Jahre innerhalb der vom Mutterland und den Kolonien gezogenen und von Auslandskonkurrenz wohlabschirmten Grenzen. Diese Kontinuität war auch durch Niederlage und Besetzung im Zweiten Weltkrieg nicht geschwächt worden, da sich nach 1945 in den politisch und wirtschaftlich tragenden Schichten, in Staatsverwaltung und Armee so-

wie in den Unternehmen die alten Kräfte etablierten. Weite Bereiche der Wirtschaft wurden verstaatlicht, im Rahmen der »Planification« hat man auf der Basis von Vier-Jahres-Plänen volkswirtschaftliche und privatwirtschaftliche Entwicklungsperspektiven verzahnt, und die Eingriffsmöglichkeiten der öffentlichen Hand in das Wirtschaftsleben waren Legion. Das galt besonders für die Preise – zwischen 1945 und 1972 erließ die Administration nicht weniger als 25 931 Anordnungen. Der Mythos des hinter seinen Grenzen geborgenen, in sich selbst ruhenden Landes war durch den Krieg durchlöchert, von der Entkolonialisierung in den sechziger Jahren geschwächt und von der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwicklung vor allem im Rahmen von OEEC und später der EWG überholt worden. Der Übergang war, wiewohl von raschem Wirtschaftswachstum und hohem Beschäftigungsgrad abgefedert, schwierig und notorisch begleitet von hohen – durch ausufernde Kreditschöpfung und ungenügend spielenden Marktmechanismus bewirkten – Inflationsraten, erheblichen Leistungsbilanzdefiziten, dem laufend absackenden Wechselkurs des Franc und häufigen Streiks. Seit den achtziger Jahren hat sich die Lage durchgreifend verändert. Frankreich beginnt sich im Inneren zu dezentralisieren und nimmt bei der Integration Europas eine Führungsrolle ein. Die Staatsunternehmen sind weitgehend privatisiert, und das Land ist eines der bevorzugten Ziele ausländischen Investitionskapitals geworden; bei einem Zufluss von 53 Mrd. \$ wurde es im Jahre 2001 diesbezüglich nur von den USA und Großbritannien überboten. Etwa 2,2% des BIP werden in Forschung und Entwicklung gesteckt – der EU-Durchschnitt liegt bei 2%. Die »Planification« wurde ebenso abgeschafft wie Preis- und Lohndirigismen. Man hat weitgehend dereguliert und liberalisiert. Der Produktionsapparat ist modern, Großkonzerne von weltwirtschaftlicher Bedeutung entstanden, und die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland – vor allem mit den EU-Ländern – nahm stark zu. Die Inflation ließ nach

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002 ^{a)}	2003 ^{a)}				OFCE ^{b)}	REXECODE ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
			OFCE ^{b)}	REXECODE ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}				
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,2	0,8	1,4	1,1	1,2	1,6	2,2	2,3	2,6
Inlandsnachfrage	1,7	1,0	1,9	1,1	1,3	1,1	4,7	1,9	2,5	2,9
Privater Verbrauch	2,6	1,8	1,7	1,4	1,7	1,6	2,1	1,8	1,9	2,2
Staatsverbrauch	2,5	3,5	1,6	1,8	2,4	2,7	0,3	1,0	2,4	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	-0,6	-1,2	-2,2	-1,2	-1,4	0,5	1,3	3,0	2,3
Exporte ^{f)}	0,5	1,5	0,1	3,4	2,9	2,6	0,0	6,4	5,2	5,2
Importe ^{f)}	0,1	1,3	1,5	3,3	3,7	2,5	1,4	6,0	6,2	6,5
Industrieproduktion (ohne Bau)	1,1	-1,0	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	1,8	1,9	1,6	2,3	1,6	1,6	1,4	1,5	1,4	1,4
Arbeitslosenquote	8,5	8,7	9,6	9,5	9,2	9,3	10,2	9,9	9,1	9,2
Leistungsbilanz ^{g)}	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	2,4	1,2	1,4	1,0	2,2
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	-1,5	-3,1	-3,6	-3,5	-3,7	-3,6	-3,5	-3,0	-3,5	-3,3

a) Schätzungen. – b) Observatoire Française des Conjonctures Economiques, Paris, vom April 2003. – c) Centre de Recherches pour l'Expansion de l'Economie et de la Développement des Entreprises, Paris, vom April 2003. – d) Kommission der EU, Brüssel, vom April 2003. – e) Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. – f) Güter und Dienstleistungen. – g) In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

und liegt seit Mitte der achtziger Jahre unter dem EU-Durchschnitt. Die Leistungsbilanzdefizite gingen zurück und schlugen Anfang der neunziger Jahre permanent in Überschüsse um. Der Franc war seit Anfang der neunziger Jahre eine harte Währung. Der Umbau von Staat und Wirtschaft ist zwar noch nicht zu Ende, und große Reformen sind noch anzupacken. Aber das Land ist auf gutem Wege.

Die **Konjunktur in Frankreich** hat sich bei weiter stimulierender Wirtschaftspolitik im ersten Quartal etwas erholt, anschließend aber vermutlich stagniert – hierauf lassen zumindest die Indikatoren für das Wirtschaftsklima schließen. Diese signalisieren für den weiteren Verlauf des Jahres eine leichte Erholung von Nachfrage und Produktion. Schwach entwickelte sich vor allem der Export, wesentlich bedingt durch flauere Weltkonjunktur und die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, aber auch durch die politisch bedingt kräftig gesunkene Nachfrage aus den Vereinigten Staaten. Demgegenüber haben privater und öffentlicher Verbrauch expandiert. Für den weiteren Verlauf des Jahres zeichnet sich bei der Ausfuhr eine mäßige konjunkturelle Belebung ab. Das gilt im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung in erster Linie für die Ausfuhr. Der private Konsum expandiert nur sehr verhalten, da die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte spürbar langsamer steigen als 2002 und die Lage auf dem Arbeitsmarkt schlechter wird. Auch der öffentliche Verbrauch nimmt weiter zu, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie im vergangenen Jahr. Demgegenüber gehen die Bruttoanlageinvestitionen auf breiter Front weiter zurück. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** erhöht sich nur um $\frac{3}{4}\%$, auch weil es im Sommer infolge der lang anhaltenden Hitze und Trockenheit zu erheblichen Produktionsausfällen kommt; da die meisten Atomkraftwerke noch immer nicht mit Kühltürmen nachgerüstet wurden und die Temperatur der Flüsse sehr gestiegen ist, musste die Kraftwerksleistung heruntergefahren werden, und nur die Stromimporte aus Deutschland verhindern Stromabschaltungen. Hiervon wird zudem die Preisentwicklung beeinflusst, so dass die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt mit ca. 2% stärker als erwartet steigen. Die Arbeitslosenquote erhöht sich bei im Verlauf stagnierender Beschäftigung im Schnitt des Jahres auf $9\frac{1}{2}\%$. Das Aktivum der Leistungsbilanz geht leicht auf 1% des BIP zurück.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (hierauf entfallen 28% des BIP) dürften gegenüber 2002 etwa stagnieren. Zunächst waren die Lieferungen weiter gesunken, und die Entwicklung der Bestände von Auslandsorders lässt für das zweite Quartal bestenfalls eine Stagnation erwarten. Anschließend ist eine Belebung im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung wahrscheinlich, aber auch der konjunkturell bedingt lebhafteren Nachfrage auf dem Hauptabsatzmarkt Westeuropa – 2002 wurden dort etwa zwei Drittel aller Güter und Dienste abgesetzt. Bremsend wirkt indes die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Doch ist ein Wechselkurs von

1,15 US-Dollar pro Euro, wie er sich für den Durchschnitt dieses Jahres abzeichnet, für die Exportwirtschaft noch erträglich. Die Opposition Frankreichs gegen die Irak-Politik der Vereinigten Staaten wurde seitens amerikanischer Verbraucher mit deutlich eingeschränkten Käufen von französischen Ver- und Gebrauchsgütern des gehobenen Segments quittiert, und viele amerikanische Touristen meiden Frankreich. Auch kommen weniger Japaner und Deutsche. Der **Import** (26,3% des BIP) nimmt schwach zu. Obwohl die Terms of Trade nochmals günstiger werden, geht der **Leistungsbilanzüberschuss** auf eine Größenordnung von 1% des BIP zurück.

Der **private Konsum**, der 55% des BIP ausmacht, dürfte nur noch um $1\frac{1}{4}\%$ expandieren, obwohl eine weitere Senkung der Einkommensteuer geplant ist. Diese Annahme wird auch von der Entwicklung des weit unter dem langjährigen Durchschnitt liegenden, auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobenen Konsumklimaindex, gestützt. Im Verlauf bedeutet das eine moderate und spürbar langsamere Zunahme als im vergangenen Jahr. Dämpfend wirken der schwächere Anstieg von Reallöhnen, aber auch der realen verfügbaren Einkommen insgesamt. Denn die Nominallöhne erhöhen sich bei etwa gleich bleibender Inflationsrate weniger als 2002, und die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich bei im Verlauf etwa stagnierender Beschäftigung. Bei dauerhaften Konsumgütern wird das reale Umsatzwachstum schwach sein, auch weil der Wohnungsneubau nochmals zurückgeht. Gleiches dürfte für den Absatz von Personautos gelten. Der **Staatsverbrauch** (Anteil am BIP: 23,3%) erhöht sich vermutlich um 3%, zumal konjunkturbedingte Mehrausgaben anfallen und der Aufwand für die Verzinsung der öffentlichen Schulden infolge steigender Langfristzinsen geringer abnimmt als erwartet.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** – sie tragen 20% zum BIP bei – verringern sich um $2\frac{1}{2}\%$, bei einem zu Jahresanfang bestehenden Unterhangs von 1,1%. Investitionsumfragen hatten noch während der ersten Monate dieses Jahres bei den Ausrüstungsinvestitionen eine leichte Zunahme erwarten lassen. Anschließend haben sich jedoch die Absatzerwartungen als Folge des Irak-Konflikts sowie der Enttäuschung über die nach dessen Ende ausbleibende Konjunkturerholung erheblich eingetrübt. Allerdings ist die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie während des ersten Halbjahrs nur wenig gesunken und lag zuletzt immer noch über dem langfristigen Mittel. Dies und die günstigen Finanzierungsbedingungen (in Frankreich sind die Banken bei der Kreditvergabe zwar aus guten Gründen ebenfalls vorsichtiger geworden, aber von einer Kreditklemme kann keine Rede sein) lässt im Zuge der ab dem Sommer einsetzenden konjunkturellen Erholung zumindest keine weitere Verringerung des Investitionsvolumens erwarten. Die Bauinvestitionen gehen etwa im vorjährigen Ausmaß, also langsam weiter zurück. Das gilt – und hierauf deuten die Baugenehmigungen hin – auch für den Wohnungs-

neubau, wobei die retardierenden Momente die gleichen sind wie 2002. Der industriell-gewerbliche Bau nimmt deutlich ab, da sich die Leerstände vor allem bei Büroraum nochmals erhöhen und die Mieten weiter fallen. Beim öffentlichen Bau lassen die Haushaltsansätze auf eine Überwindung der vorjährigen Rezession schließen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage weiter. Im Jahresverlauf dürfte die Beschäftigung annähernd stagnieren, während die Arbeitslosigkeit spürbar steigt. Neue staatliche Programme zur Stützung der Beschäftigung wurden nicht beschlossen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote bei 9¹/₂% liegen.

Der Preisauftrieb hat sich während der ersten Monate etwas beschleunigt, vor allem infolge gestiegener Rohölpreise. Anschließend flaute die Inflation ab. Die langanhaltende Dürre bei hohen Temperaturen haben vor allem die landwirtschaftliche Produktion stark beeinträchtigt. Saisonprodukte sowie Transporte haben sich bereits erheblich verteuert, und die Preise für Elektrizität folgen. Andere landwirtschaftliche Erzeugnisse werden ebenfalls folgen. Auch hielt sich der Rohölpreis bisher auf relativ hohem Niveau. Daher ist trotz aufwertungsbedingter Importverbilligung im weiteren Verlauf des Jahres mit einem moderaten Preisanstieg zu rechnen. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften um rund 2% über dem Niveau von 2002 liegen.

Wirtschaftsentwicklung 2004

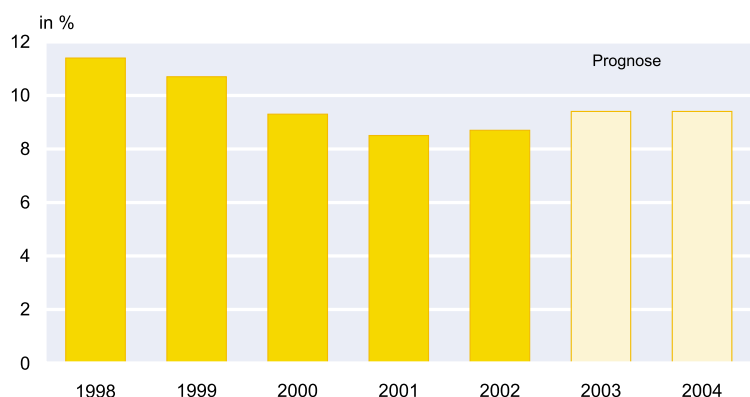
Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 2% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3¹/₄%. In **Westeuropa** und der EU erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; im Euroraum expandiert es etwas schwächer und in Deutschland um 1³/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 27,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 8% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welt Handels** dürfte in einer Größenordnung von 6¹/₂% ausgeweitet werden.

In **Frankreich** gewinnt die Entwicklung von Nachfrage und Produktion im Verlauf des Jahres allmählich an Dynamik, leicht stimuliert von der Wirtschaftspolitik, zumal die bremsenden Effekte der zurückliegenden Aufwertung des Euro gegenüber dem US-

Dollar auslaufen. Das gilt für Inlands- und Auslandsnachfrage gleichermaßen. Der Export weist im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs die höchste Zuwachsrate auf, zumal auch die westeuropäische Konjunktur wieder stärker Aufwind bekommt. Das wirkt sich positiv auf das Wirtschaftsklima aus, so dass die Rezession bei den Bruttoanlageinvestitionen bei immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen überwunden werden kann. Der private Konsum expandiert leicht beschleunigt, stimuliert von allmählich zunehmender Beschäftigung, höheren Reallohnsteigerungen und einer weiteren Herabsetzung der Einkommensteuersätze. Der öffentliche Verbrauch wird nur wenig stärker als im Vorjahr ausgeweitet. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um etwa 2% steigen. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage im weiteren Verlauf des Jahres, doch bleibt die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit knapp 9¹/₂% auf der Höhe des Vorjahres. Der Preisanstieg wird moderat sein; die Konsumentenpreise dürften um 1³/₄% über dem Niveau von 2003 liegen. Die Leistungsbilanz weist neuerlich einen Überschuss in der Größenordnung von 1% des BIP aus.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen dürfte um etwa 4% expandieren. Im Verlauf bedeutet das eine deutliche Beschleunigung im Sog des weltwirtschaftlichen Aufschwungs. Entscheidend ist dabei die konjunkturelle Erholung auf dem Hauptabsatzmarkt Westeuropa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen. Die Lohnstückkosten nehmen etwas langsamer zu als im EU-Durchschnitt und als in den USA. Der dortige Aufschwung erfasst auch die französischen Exporte, zumal dann die 2003 zu beobachtende, politisch bedingte Zurückhaltung amerikanischer Konsumenten zu Ende geht, und die bremsenden Effekte der zurückliegenden starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar klingen ab, wodurch auch der Absatz in den übrigen Ländern des Dollarraums – vor allem in Südostasien – weniger gehemmt wird. Die Lieferungen nach

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Mittel- und Osteuropa, deren Anteil an der Warenausfuhr 2003 auf 5,3% gestiegen ist, nehmen erneut überproportional zu. Denn viele Unternehmen haben sich dort mit Direktinvestitionen engagiert, denen meist auch Güterströme folgen. Die **Einfuhr** expandiert etwa im Rhythmus der Ausfuhr. Da sich jedoch die Terms of Trade nicht weiter verbessern, beläuft sich das Aktivum der **Leistungsbilanz** erneut in einer Größenordnung von 1% des BIP.

Der **private Konsum** erholt sich zunehmend und expandiert um $1\frac{3}{4}\%$. Stimulierend wirken die dank sinkender Inflationsrate etwas höher als im Vorjahr ausfallenden Reallohnsteigerungen. Das gilt besonders für die unteren Lohngruppen, also für viele Millionen Arbeitnehmer. Außerdem erfolgt eine neuerliche Herabsetzung der Einkommensteuersätze. Entscheidend ist jedoch die Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die etwa ab der Jahresmitte einsetzen dürfte. Hinzu kommt die auf das Konsumklima ausstrahlende zuversichtlichere Stimmung in der Wirtschaft. Die Sparquote steigt vermutlich nicht nennenswert weiter, obwohl das Vorsorgesparen für das Alter zunimmt. Auch der Absatz langlebiger Güter kommt allmählich in Schwung, obwohl der Wohnungsneubau vermutlich nochmals zurückgehen wird, was die Käufe von Einrichtungsgegenständen bremst. Doch dürften die Zulassungen neuer Pkw nach zweijährigem Rückgang aufwärts tendieren. Der **öffentliche Verbrauch** wird mit $2\frac{1}{2}\%$ etwas langsamer als 2003 ausgeweitet.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** lösen sich allmählich aus der Rezession. Gegenüber 2003 dürfte die Zunahme bei 1% liegen. Diese Verbesserung wird gleichermaßen von den Bau- und von den Ausrüstungsinvestitionen getragen. Zwar wird der Wohnungsneubau aus den für die Vorjahre schon genannten Gründen nochmals eingeschränkt. Aber die öffentliche Hand dürfte ihre Bauinvestitionen etwas stärker erhöhen. Und der industriell-gewerbliche Bau dürfte angesichts der günstigeren Konjunkturperspektiven aus dem Tief herausfinden. Auch die Ausrüstungsinvestitionen expandieren rascher: Absatz- und Ertragerwartungen bessern sich, die Auslastung der Kapazitäten weist nach oben, allmählich wird der in den Vorjahren entstandene Nachholbedarf an Ersatz (nicht nur im IC-Bereich) gedeckt. Der Rationalisierungsdruck bleibt mit Blick auf die Konkurrenz aus Übersee erheblich, obwohl die Erhöhung der Überstunden von 130 auf 180 pro Jahr nun maximal genutzt werden kann.

Der **Arbeitsmarkt** ist ein klassischer Nachläufer der Konjunktur. Infolgedessen bessert sich die Lage erst ab der Jahresmitte, wenn die Beschäftigung langsam aufwärts zu tendieren beginnt. Denn noch sind Produktivitätsreserven vorhanden, und die Lohnkosten für die unteren Lohngruppen steigen infolge der Angleichung der verschiedenen SMIC-Kategorien erheblich. Die Arbeitslosenquote dürfte daher im Jahresdurchschnitt mit $9\frac{1}{2}\%$ etwa derjenigen von 2003 entsprechen.

Der Preisaufrtrieb dürfte etwas moderater ausfallen als 2003, da Sondereffekte wie Ölpreisanstieg und dürrebedingte Verteuerungen von Lebensmitteln und Transporten entfallen. Allerdings sind von den Importpreisen kaum noch stabilisierende Einflüsse zu erwarten. Die **Konsumentenpreise** dürften daher um etwa $1\frac{3}{4}\%$ über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Abgeschlossen am 14. August 2003